

Blick von den hohen Bergen – Gedanken zu Deutschland aus österreichischer Sicht

Helmut Kramer 1)

Wieder diese ganz und gar ungewohnte Herausforderung: Vor zwei Jahren, in einem wirtschaftspolitischen Club von Unternehmern an Rhein und Ruhr, der sich in der ehemaligen österreichischen Botschaft in Bonn traf, wurde der Autor, Wirtschaftsforscher aus Österreich, der sich hütete, die deutsche Wirtschaftspolitik zu kommentieren, der aber die seiner Meinung nach inadäquate Reaktion der EU auf den weltweiten Konjunkturückschlag 2000/2001 geißelte, von mehreren Teilnehmern bedrängt, doch auch etwas über die deutsche Politik zu sagen. „So sagen Sie doch, was unsere Regierung tun könnte. Wir nähern uns ja mit Riesenschritten den Zuständen in Burkina Faso“. Das konnte ich ja nun nicht nachvollziehen. Führte mir aber vor Augen, dass eine solche Situation zehn Jahre früher absurd gewesen wäre. Dass deutsche Unternehmensführer a) überhaupt einen Wirtschaftsprofessor, und dann b) gar einen Ösi um Rat angehen, konnte ich nur als Symptom tiefer Verunsicherung werten. Gewohnt waren wir, dass deutsche Unternehmer (und Politiker) ziemlich genau zu wissen meinen, „wo's lang geht“, und dies auch häufig – und laut - im In- und Ausland kundtun. Damit haben wir zu leben gelernt, das nahmen wir zur Kenntnis, manchmal murrend, manchmal skeptisch lächelnd.

Und nun die Einladung des Handelsblattes. Ich kann mich um Aussagen zur deutschen Wirtschaft und Politik nicht drücken, wenn Sie mich nun ausdrücklich dazu auffordern. Aber Unbehagen fühle ich doch. Dass von Seiten des großen Bruders, den wir in Österreich ob seiner Tüchtigkeit, Präzision, Stärke und Dynamik zumindest zu respektieren, ja meist doch zu bewundern gewohnt sind - wissend, dass von seinem Wohlergehen nicht unwesentlich auch unseres abhängt - eine Stimme nicht nur aus der Nachbarschaft, sondern sogar aus dem engeren Kreis der Familie gefragt wird, von einem Vertreter des kleinen Brudervolkes, das die natürliche Hackordnung längst internalisiert hat und dem dabei „Kleiner-Bruder/Großer-Bruder-Komplexe“ geblieben sind, macht mich unsicher.

Exakte und plausible Befunde habe ich nicht anzubieten. Die Diagnosen, die von deutschen Kollegen vorliegen, sind widersprüchlich, oft einseitig, ideologisch gefärbt, und überzeugen mich überwiegend nicht sehr. Wenn wir lesen, dass einer von München aus wahrgenommen haben will, dass die Ösis nun auf ihren hohen Bergen säßen und von dort mit dem Ätsch-Finger auf die deutschen Mittelgebirge und das nördliche Flachland zeigten, dann kann ich das für gewisse Boulevard-Medien und für Bevölkerungsschichten nicht ganz ausschließen, die den wirtschaftlichen Zusammenhängen Verständnislosigkeit entgegenbringen und das Weltgeschehen aus der Perspektive des Fußballstadions interpretieren. Da die österreichische Nationalmannschaft nur alle dreißig Jahre, immer wenn eine WM in Argentinien ausgetragen wird, gegen die deutsche zu gewinnen vermag, mögen Sie das, liebe Freunde, diesen Leuten nachsehen.

Den etwas nachdenklicheren Österreichern macht die Entwicklung in Deutschland natürlich – nicht zuletzt aus Eigeninteresse – immer mehr Sorgen. Am meisten die Stimmung, die von früher strotzendem Selbstvertrauen in unrealistische Kleinmütigkeit (Burkina Faso!) umgeschlagen hat. Anders als in Österreich, wo Raunzen und Jammern ein ganz selbstverständlicher Ausdruck des Wohlbefindens

ist, der Initiative und Zuversicht kaum beeinträchtigt, scheinen diese Anwendungen in Deutschland eine lähmende Wirkung auf Unternehmer, Konsumenten und Regierende auszuüben.

Der Frust der Osis darüber, wie sie in die herrschenden Lebens- und Wirtschaftsformen der alten Bundesrepublik eingegliedert werden, und der Frust des (west-) deutschen Steuerzahlers, dass er diesen Frust der Osis teuer bezahlen muss, lähmt offenbar die Vorstellungskraft, was man zusammen im größeren Deutschland und von da aus machen könnte. Ähnlich wie die Diskussion über die Folgen der gesellschaftlicheren Alterung in Deutschland (und in Österreich) diese vorwiegend unter dem Gesichtspunkt „volkswirtschaftliche Kosten“ abzuhandeln neigt, statt davon auszugehen, dass ein längeres und gesünderes Leben zunächst einmal als unschätzbare Geschenk des Fortschritts der Medizin und anderer Wissenschaften aufgefasst werden sollte. Um dies realisieren zu können, muss man allerdings bisherige gesellschaftliche Verhaltensweisen und Zielvorstellungen ziemlich tief greifend ändern.

Das Erfolgsmodell der alten Bundesrepublik, das sich über Jahrzehnte bestätigte und von Freunden und Partnern vorwiegend mit Bewunderung und teilweise auch mit Unbehagen beobachtet wurde, passt spätestens seit 1990 nicht mehr. Wahrscheinlich ist die politische, gesellschaftliche und nur danach dann auch wirtschaftliche Stagnation, in die Deutschland in den neunziger Jahren geraten ist, die Folge des Umstands, dass der Erfolg dazu verführte, in Mentalität, Einrichtungen und Verhaltensweisen zu lange daran festzuhalten. Ähnlich wie Japan. Die These, dass Deutschland von der Nipponitis befallen sei, ist nicht ganz unplausibel. Parallelen sind nicht nur auf der Ebene der Banken und ihrer Geschäftspolitik, und auf jener der Autoindustrie und ihrer Globalisierung zu erkennen, sondern vor allem in der Schwierigkeit, das traditionelle Gesellschaftsmodell und damit grundlegende Wertvorstellungen umzuformen.

Bei uns kursiert ein alter Witz: „Da gab es ein imponierendes deutsches Wirtschaftswunder. Aber wenn man darüber nachdenkt, war das ja kein Wunder, denn wie man weiß, die Deutschen arbeiten tüchtig und fleißig. Dann gab es ein japanisches Wirtschaftswunder. Aber auch hier: kein Wunder, denn die Japaner arbeiten eher noch tüchtiger und fleißiger als die Deutschen. Und dann gab es ein österreichisches Wirtschaftswunder. Das war das eigentliche Wunder.“

Nun, wir können die über Jahrzehnte, nicht erst seit 1990 oder 1995 höhere Dynamik der österreichischen Wirtschaft, schon ein wenig besser erklären: zunächst handelte es sich um einen Nachholprozess eines in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts stark zurückgeworfenen Landes. Dabei konnte man lange mühelos Maß am deutschen Vorbild nehmen, je nach Standpunkt auch an anderen: Schweiz, Schweden, USA. Und diese Vorbilder investierten ja auch bei uns, wo Arbeitskraft billiger war, neue Anlagen und Technologien, von welchen Lerneffekte ausstrahlten. An der Wende zu den neunziger Jahren hatte die Arbeitsproduktivität der österreichischen Industrie jene der deutschen, der westdeutschen wohl gemerkt, eingeholt. Diese neue Situation verlangte eine Neuorientierung an neuen Maßstäben.

Behilflich bei der Neuorientierung – ich bin sicher, ohne diese Umstände wäre sie nicht gelungen – waren die Folgen von 1989: die Verhandlungen über einen

Vollbeitritt Österreichs zur EU und die Öffnung Mittel- und Osteuropas, überwiegend in der unmittelbaren Nachbarschaft. Daraus resultierte die aktive Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft, die Errichtung von mittlerweile gut geknüpften Netzwerken im größeren Europa und – unter dem Druck der niedrigeren Kosten an Standorten jenseits der Ostgrenze – die rasche Verlagerung auf eigene Forschung und Entwicklung. Zum Unterschied von Deutschland war der Staatshaushalt durch die Öffnung und Erweiterung nach Osten kaum zusätzlich belastet.

Das deutet auf den fundamentalen volkswirtschaftlichen Fehler der Integration der ostdeutschen Bundesländer in die westdeutsche Wirtschaft hin. Der war zwar aus der historischen Situation, vor der Kanzler Kohl stand, verständlich. Viele Ökonomen in Deutschland (und in Österreich) warnten vor den Folgen des abrupten „Anschlusses“, jedenfalls vor den wirtschaftlichen. Aber die staatspolitische Sorge, das Fenster zur Vereinigung könnte wieder zugehen, zwang zur Eile. Wahrscheinlich hätte man die vernichtenden Folgen für die Wirtschaft in den neuen Bundesländern abfedern können, wahrscheinlich hätte die Treuhand-Privatisierung strategisch besser überlegt werden können.

Dazu kamen makroökonomische Auffassungen, die tief im „deutschen Wesen“ zu wurzeln scheinen: Ordnungs- und Stabilitätsideologie passen wunderbar für Epochen, die Ziel und Richtung haben, also etwa die Nachkriegsjahrzehnte, in welchen materieller Wohlstand und damit die Zielrichtung der Politik lange Zeit von großen Teilen der Bevölkerung getragen waren.

Darauf baute die Reputation und Macht der Bundesbank und die Attraktivität der stabilen Deutschen Mark, darauf baute das intuitive Verständnis der Bevölkerung für Analogien zwischen den Finanzen des Privathaushalts und jenem des Staates, darauf baute auch die hohe Sparneigung. Fleiß, Solidität, Stabilität der Währung und biedere Wohlanständigkeit stünden den Bürgern ebenso wie dem Bundesfinanzminister an und sei seien die Grundlagen weiteren materiellen Fortschritts. Enrique Baron spottete über die in seinen Augen übertriebene deutsche Voreingenommenheit für Preisstabilität und Sparen. Er führte sie auf das immanent Faustische im deutschen Menschen zurück. Mit Stabilität glaube man den Stein des Weisen zu besitzen. Auch wenn er übertreibt, ist ein bisschen was dran, so empfinden es jedenfalls überwiegend die Partner in Euroland, ausgenommen deren Notenbankpräsidenten und einige Finanzminister.

Im neuen Europa passt das nicht mehr. Aber diese machtvollen Auffassungen verschafften uns den Waigel'schen Stabilitäts- und Wachstumspakt, der eine eklatante politische und ökonomische Fehlkonstruktion ist – besser: war, weil es ihn de facto nicht mehr gibt. Wir haben das 1997 sehr besorgt mit Otmar Issing und Jürgen Stark in Wien diskutiert. Es war nicht der eigentliche Anlass des Stabilitätspakts – in einer Währungsunion fiskalische Disziplin aller Mitglieder sicher zu stellen – welcher uns irritierte, sondern es waren die naiven, mechanistischen Auffassungen und das partialanalytische Theoriefundament für die Funktionsweise einer international offenen Volkswirtschaft und, davon abgeleitet, von den Eingriffsmöglichkeiten der Politik. Jedenfalls trug der Pakt wesentlich dazu bei, dass der unglückliche deutsche Finanzminister seit 2001 nicht sinnvoll und rechtzeitig mehr Schulden riskierte, sondern in der Folge noch wesentlich mehr davon passiv erlitt (ausgerechnet, nein: nicht zufällig im Land Brünnings); und dass weder auf Ebene des ECOFIN noch der EZB 2001 eine konsistente europäische

Reaktion auf den Wirtschaftseinbruch zu diskutieren, geschweige denn durchzusetzen gewesen wäre. Noch nach dem 11. September 2001, als es ohnehin wohl schon zu spät dafür war, beschwor man sich im ECOFIN, die haushaltspolitischen Hausaufgaben weiterhin daheim zu machen und im übrigen abzuwarten, ob die amerikanischen Konjunkturmaßnahmen ziehen würden.

Dazu kommt nun noch eine weitere einflussreiche Fehleinschätzung: von Hans-Werner Sinn wird berichtet, er vertrete die Auffassung, dass jeder Arbeitslose dies deshalb sei, weil er zu viel Lohn verlange. Punkt. Wegen des Satzes „arbeitslos weil zu hoher Lohn“ würde ich eine Seminararbeit von Zweitsemestrigen noch nicht als ungenügend beurteilen, aber wegen des Satzes: „Punkt“. Suggestiert er doch, dass es keinen anderen Ausweg aus der Arbeitslosigkeit gibt, als die Lohnansprüche zu senken. Teilweise ist solchen Verkürzungen natürlich der Beifall von Unternehmern sicher, teilweise der von Medien, die wiederum von deren Beifall leben. Ein Professor der Volkswirtschaft muss aber um Himmels willen Unternehmer vor der betriebswirtschaftlichen Myopie zu bewahren suchen.

Was nun? Leicht erkennbar, ich stehe mit meinen Ansichten jenen von Peter Bofinger weit näher als jenen von Hans-Werner Sinn. (Sie hätten auch in Österreich Professoren finden können, die Sinn unterschreiben oder noch übertreffen, aber Sie haben mich eingeladen). Aber auch Herr Bofinger macht es sich ein wenig einfach, wenn er fordert „wir brauchen wieder mehr Keynesianer in Deutschland“. Der real existierende Keynesianismus ist in den siebziger Jahren ganz eklatant an seine Grenzen gestoßen, ein Rückgriff darauf wäre fatal. Was nicht ausschließt, dass es „keynesianische Situationen“ gibt, und ich glaube, wir haben uns in Euroland in eine solche hineinmanövriert.

Das deutsche Syndrom hat jedoch tiefere Wurzeln als die Verkennung der wechselseitigen Zusammenhänge zwischen Angebot und Nachfrage. In einer Zeit des weltwirtschaftlichen Umbruchs hilft weder bedingungslose Sparpolitik noch altlinke Staatsausgabenpolitik. Helfen werden nur ausreichende gesellschaftliche, organisatorische, kulturelle und technische Innovationen. Ich will ja nicht so weit gehen, dass diese hauptsächlich an Universitäten stattzufinden hätten. Doch ist die Situation der deutschen Universitäten (und die der österreichischen mindestens gleichermaßen) zu Besorgnissen Anlass gebend. Dass die Universitäten straflos vernachlässigt werden dürfen, kann ich nicht unterschreiben.

Ich erinnere mich an die Diskussion zwischen Kanzler Kohl und der IG Metall vor knapp 10 Jahren: der eine meinte, um wieder stärker zu werden, müsse Deutschland mehr arbeiten, die anderen, man müsse die Arbeit auf mehr Köpfe verteilen, also jeder Einzelne weniger. Es sollte mittlerweile klar sein, dass Deutschland nicht mehr vom Gleichen oder das Gleiche billiger zu verkaufen suchen sollte, sondern Anderes, Neues, Zukunftsweisendes.

In der wissenschaftlichen Epoche der Chaos-Theorie, der Komplexität und der fuzzy logic ist die wirtschaftspolitische Diskussion hoffnungslos zurückgeblieben. Es geht nicht um mehr oder weniger Staat, sondern um einen leistungsfähigeren, effizienteren und effektiveren Staat. Der dürfte, wenn er es denn einmal sein sollte, auch mehr kosten (siehe Skandinavien). Es geht um die Steuerung äußerst komplexer Systeme, ganz wesentlich durch Selbst-Lern- und Selbst-Organisations-Fähigkeit. Auch wenn wahrscheinlich der durchschnittliche Volkscharakter des

Österreichers tatsächlich, sagen wir, eine größere Affinität zu fuzzy logic und zu Chaos aufweist, sehe ich das nicht als Ursache dafür an, dass die österreichische Wirtschaft gegenwärtig weniger Probleme hat als die deutsche.

Das deutsche Syndrom ist aus der Interaktion von tief verwurzelten Prägungen, unangepassten Institutionen, übertriebener Regelgläubigkeit in einer unsicheren Welt, aus der Veränderung von geopolitischen Rahmenbedingungen, und, auf all dem fußend, von eklatanten makroökonomischen Fehlsteuerungen entstanden. Es kann nicht mit einfachen Rezepten und nicht Ruck-Zuck behoben werden, gleich welche Regierung die Verantwortung übernimmt.

Geduld! Anpassungen sind unterwegs. Eine neue Generation trägt sie. Wenn sie auch bisher noch nicht genügend wirken, sind doch radikale politische Schnellschüsse nicht angebracht. Die Wandlungen der nationalen Gesellschaftssysteme Europas, für die das deutsche nur ein zentrales Exempel ist, werden viel tiefer gehen, als den Steuertarif niedrig, einfach und flach zu machen. Dünnt die sozialen Netze nicht weiter aus, um Verunsicherung und Lähmung nicht noch weiter zu nähren! Investiert das Beste, über das Ihr verfügen könnt, in die Fähigkeiten der nachrückenden Generationen, sofort und um (fast) jeden Preis, um einmal die Erfolgsgeschichte des 21. Jahrhunderts schreiben zu können.

Aber lasst all den unvermeidlichen Wandlungen mehr Zeit, Spielraum, wendet mehr Überlegung, Diskussion und Fantasie auf. Ich richte mich jedenfalls an uns Österreicher, die im Kern ja ähnliche Probleme haben. Ja, ich überwinde meine anfängliche Verlegenheit: doch auch an die Deutschen und an die meisten näheren und ferneren Nachbarn.

1) Der Autor ist Professor für Wirtschaftspolitik und seit 2005 Rektor der Donau-Universität für postgraduale Weiterbildung in Krems an der Donau. Daher wurden die Gedanken in Wirklichkeit auch an deren Gestade und nicht auf einem hohen Berg niedergeschrieben.